



## das mach-schneller-sonst-weht's-weg-wetter

Es herbstet, und 400.000 Laubbäume schmeißen ihre Blätter ab. 200.000 pro Baum, das macht 5.500 Tonnen Laub und 600 volle Müllwagen. Der Umweltbetrieb Bremen zückt nun seine 100 Laubpuster – und verzweifelt bei 10 Grad im böigen Nordwind

## Klage gegen die Schließung des Freiparks

Die Schausteller\*innen sprechen der Politik das Misstrauen aus und ziehen vor das Verwaltungsgericht

Von Jan Zier

Mit einer Klage im Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht wehren sich die Schausteller\*innen des „Freiparks“ gegen dessen Schließung und das Verbot des „Kleinen Freimarktes“ in der City.

Angesichts seines Hygiene- und Sicherheitskonzepts sei ein Besuch des Freiparks – der abgespeckte Ersatz für den Freimarkt – „eine der sichersten Outdoor-Aktivitäten in ganz Bremen“, sagte Bettina Robrahn-Böker, Geschäftsführerin der Veranstaltungsgesellschaft Bremer Schausteller (VBS). Aus ihrer Sicht ist die Schließung des Freiparks „unverhältnismäßig“ – und eine massive Ungleichbehandlung des Reisegewerbes gegenüber der stehenden Gastronomie und des Einzelhandels. Der Freipark sollte ursprünglich bis zum 1. November geöffnet haben.

Hinzu kommt, dass es in den Freizeitparks in Niedersachsen bisher keine Schließungspläne gibt – sie sind mindestens bis Ende Oktober alle offen. Der Freipark wurde in der vergangenen Woche mit dem Überschreiten der Grenze von 50 Corona-Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner\*innen binnen sieben Tagen sofort geschlossen. Die Besucher\*innenzahlen waren zuvor bereits von 6.000 auf 3.000 reduziert worden.

Diese Zahl sei im Freipark innerhalb der fünf Tage seiner faktischen Öffnung lediglich am Sonntag erreicht worden – und auch da nur für maximal zehn Minuten, so Robrahn-Böker. An Wochentagen seien maximal 800 Menschen zur gleichen Zeit auf das Gelände gekommen. Zudem habe es bisher keinen Hinweis auf eine Infektion infolge des Besuchs des Freiparks gegeben. „Wir sind stolz auf unser Hygienekonzept, das seinesgleichen sucht und haben es erfolgreich umgesetzt“, sagte Robrahn-Böker. Und eine andere Lösung als die sofortige Schließung des Freiparks sei vom Innenressort gar nicht erst geprüft worden, so der Anwalt des VBS, der sich offen zeigte für Änderungen des behördlich genehmigten Hygienekonzepts. Betroffen sind laut VBS rund 120 Schaustellerfamilien mit insgesamt 400 Menschen.

„Wir sind sprachlos“, sagte Rudolf Robrahn vom Bremer Schaustellerverband, der die kurzfristige Absage des Kleinen Freimarktes in der City „ein Unding“ nannte: „Ich verliere immer mehr das Vertrauen in unsere Bremer Politik.“

Die Klage wird von den beiden Bundesverbänden der Schausteller\*innen unterstützt – „egal, was es kostet“, wie einer der beiden Vorsitzenden erklärte. „Sollen wir uns von der Brücke stürzen?“ fragte er, während der Chef des anderen Verbandes auf die verfassungsmäßig verbrieftete Gewerbefreiheit pochte und erklärte: „Wir können kein politischer Spielball mehr sein.“

Bürgermeister, Kammern, Verbände und Gewerkschaften meldeten sich mit einem gemeinsamen Appell zu Wort. Infektionsketten müssten unterbrochen, neue „Corona-Superspreader-Events“ vermieden werden: „Die Zahl der Kontakte muss wieder reduziert werden.“ Zu der Klage und den Vorwürfen der Schausteller\*innen wollte das Innenressort inhaltlich keine Stellung nehmen.

Seit Freitag verwirklicht die „Rosarote Zora“ ihren Plan gegen Leerstand an der Dete  
Foto: Michael Trammer

## Projekt in Warteschleife

Den langen Leerstand an der Dete hatte Investor Marco Bremermann mit einer laufenden Klage begründet – zu Unrecht. Sein Angebot zur Zwischennutzung wird von Besetzer\*innen nicht mit Jubel, sondern mit großer Skepsis aufgenommen

Von Lotta Drügemöller

Die Besetzung der Dete bekommt eine legale Perspektive: Die Immobilienfirma „Müller & Bremermann“ hat Montag die Räumungsklage zurückgezogen und eine Zwischennutzung in Aussicht gestellt. Die Begründung des Investors, warum das Gebäude so lange leer stand, fällt derweil in sich zusammen.

Die „Rosarote Zora“, eine Gruppe aus Frauen\*, Lesben, Inter- und Transsexuellen sowie nonbinären und a-Gender Personen, hat das Haus seit Freitag in Solidarität mit der „Liebig 34“ besetzt (die taz berichtete). Das Gebäude an der Lahnstraße steht seit einer Zwischennutzung als Kulturzentrum „Dete“ (von November 2013 bis Sommer 2014) leer; über die Jahre ist es verfallen.

Die Verantwortung für den Leerstand schiebt Müller & Bremermann anderen zu: Der Beirat Neustadt habe dem Bauvorhaben Steine in den Weg gelegt, Anwohner\*innen hätten geklagt. „Wegen des laufenden Klageverfahrens“, so heißt es in einem Schreiben des Unternehmensprechers Daniel Günther, könne das Grundstück nicht für neuen Wohnraum genutzt werden.

Das allerdings ist nur ein Teil der Wahrheit. Die Ablehnung des Bauvorhabens durch den Beirat stammt noch aus dem Jahr 2016 und habe sich, so heißt es aus dem Ortsamt, nur gegen

Details gerichtet. „Ein billiger Versuch, den Beirat zum Schuldigen zu machen“, meint Beiratssprecher Ingo Mose (Grüne).

Von einem „laufenden Verfahren“ kann ebenfalls nicht die Rede nicht sein: Bereits im Ja-

„Die sollen Forderungen stellen, eine Flagge hissen, aber nicht den Besitzern in den Arsch kriechen“

Daniel Schnier, Mitbetreiber der Zwischenzeitzentrale

nuar 2019 hat das Verwaltungsgericht die Baugenehmigung für Müller & Bremermann zurückgewiesen. Auf Nachfrage erinnert man sich auch bei der Immobilienfirma daran, dass der Prozess schon durch ist.

Um zu bauen, hätte das Unternehmen schlicht einen neuen Bauantrag stellen müssen. Das aber ist knapp zwei Jahre nach dem Urteil noch nicht geschehen. Tatsächlich stellt das Unternehmen das Projekt Lahnstraße schon länger hinten: „Ich habe das Projekt erst mal aus der Planung genommen“, wird Investor Marco Bremermann 2016 im *Weser Report* zitiert. Mittlerweile, so Sprecher Günther, sei man „in der Vorbereitungsphase“ für den neuen Bauan-

trag. „Beklagte Projekte landen einfach nicht oben auf der Prioritätenliste“, erklärt er.

Sollte es nun zu einer Zwischennutzung zu den Bedingungen von Bremermann kommen, hätte die Immobilienfirma das Thema vorerst vom Tisch. Stadt oder Besetzer\*innen müssten keine Miete zahlen, allerdings die Verbrauchskosten tragen und Versicherungen abschließen. Nach Ablauf der zwölf Monate müsse das Gebäude „ohne Beschädigungen oder weitere Besetzungen freigegeben werden“, heißt es; das Unternehmen richtet sich in seinem schriftlichen Angebot explizit an Linke und Grüne – schließlich, so Unternehmenssprecher Günther, hätten diese Fraktionen „das illegale Verhalten dort öffentlich unterstützt. Dann sollen die Parteien auch dafür gerade stehen.“

Besetzer\*innen sehen Angebot kritisch

Wohl kaum werden die Nebenkosten künftig direkt aus Parkteikassen kommen. Stattdessen müsste Bremermann wohl mit den Besetzer\*innen selbst einen Vertrag aushandeln.

Diese Rechnung ist bisher ohne die Besetzer\*innen gemacht. Über das gemeinsame Ziel hinaus – einen Raum für nicht-männliche Personen zu schaffen – sind die sich nämlich noch nicht ganz einig, was sie erreichen wollen. Eine Legalisierung sei ein Ziel, so Julia

(Name geändert) aus dem Organisationsteam. „Eine Zwischennutzung für ein Jahr ist uns allerdings nicht genug.“ Das Haus sei so verfallen, dass die Nutzung im Winter kaum möglich sei. „Es ist schwierig, wenn Bremermann da jetzt als großzügig dargestellt wird.“ Mit dem Investor selbst wolle die Rosarote Zora deshalb nicht verhandeln. „Die symbolische Wirkung der Besetzung geht dadurch etwas kaputt“, sagt Julia.

Noch eindeutiger positioniert sich Daniel Schnier, Mitbetreiber der Zwischenzeitzentrale. „Ich dreh durch, wenn diese Besetzung in eine Zwischennutzung umgedeutet wird“, sagt Schnier. Ganz bewusst habe man sich nicht mehr auf Zwischennutzungen mit Bremermann einlassen wollen – zu schlecht waren die Erfahrungen. Als „mietfrei“ sei auch die Nutzung von 2014 deklariert worden. „Faktisch haben die Nebenkosten dann 4.000 Euro im Monat betragen“, so Schnier. „Das ist doch eine verdeckte Miete.“

An der Umdeutung stört Schnier zweierlei: Zum einen werde das Konzept Zwischennutzungen in ein schlechtes Licht gerückt, wenn es als eine Art Besetzung dargestellt werde. Zum anderen nehme es der Besetzung selbst ihren politischen Charakter: „Die sollen ihre Forderungen stellen, eine Flagge hissen, aber nicht den Besitzern in den Arsch kriechen.“

## nachrichten

**Ex-AfDlerin macht bei der CDU mit**  
Die ehemalige Bremerhavener AfD-Stadtverordnete Natalia Bodenhausen wurde in die CDU aufgenommen. Sie werde ihr Mandat nun für die Christdemokraten ausüben, berichteten der Kreisvorsitzende Torsten Neuhoff und der Fraktionsvorsitzende Thorsten Raschen gestern. Über die Aufnahme entschieden Fraktion und Kreisvorstand, nachdem Bodenhausen den Wunsch ge-

äußert und die Partei darüber diskutiert hatte. Bodenhausen und auch der AfD-Abgeordnete Pascal Hiller waren Ende September aus der Partei ausgetreten. Seither stellt die AfD in der Stadtverordnetenversammlung keine Fraktion mehr. (taz)

**Zwischenzeitzentrale bestätigt**

Die Zwischenzeitzentrale hat eine europaweite Ausschreibung für sich ent-

schieden und wird ihre Arbeit für die Stadt bis 2024 fortsetzen. Im November beginnt der neue Auftrag mit einem Wert von rund 560.000 Euro, so ein Senatssprecher am Dienstag. Finanziert werde das Projekt von drei Senatssressorts. Zwei Großprojekte, die die ZZZ auch in der neuen Auftragsperiode begleiten werde, seien die Zwischennutzungen auf der Galopprennbahn und die Fortführung des „Wurst Case“. (taz)

**Schuldenbremse bleibt wurscht**

Der Senat wird der Bürgerschaft vorschlagen, auch 2021 die Ausnahmeregel der Schuldenbremse in Anspruch zu nehmen. „Wir brauchen neue Kredite, um damit Maßnahmen zur Bewältigung der Krise zu finanzieren“, erklärte Finanzsenator Dietmar Strehl die am Dienstag gefällte Senatsentscheidung. Man erwarte auch für 2021 weniger Einnahmen und höhere Ausgaben. (taz)

**Eisbären mit Zuschauer\*innen**

Bis zu 896 Zuschauer\*innen dürfen bei den ersten beiden Heimspielen der Eisbären Bremerhaven kommen – vorbehaltlich aktueller Corona-Entwicklungen. Die Entscheidung der Behörden verkündete der Verein gestern. Dauerkarten-Kund\*innen des Vorjahres können sich nun einen Platz für kommenden Samstag sichern. Bremerhaven ist aktuell kein Corona-Hotspot. (taz)